

metrobasel Anlass „Abschottungstendenzen, Protektionismus und die Folgen für unsere Wirtschaftsregion“

Montag, 21.08.2017

1. Begrüssung / Ruetz

Guten Abend meine Damen und Herren.

Ich heisse Sie ganz herzlich zum heutigen metrobasel-Anlass willkommen, der in diesem Jahr in Kooperation mit der VBÖ, der Vereinigung Basel Ökonomen, und «stark+vernetzt», der Europa-Kampagne von economiesuisse durchgeführt wird.

Ganz speziell begrüsse ich unseren Gast aus Bern, Staatssekretär **Mario Gattiker**. Wir freuen uns sehr, dass Sie für diesen Anlass nach Basel gekommen sind.

Herzlich begrüsse ich auch unsere anderen Podiumsteilnehmer:

- Aus St. Gallen: SVP-Nationalrat **Lukas Reimann**, Präsident der AUNS, der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz
- Den Basler Regierungsrat **Christoph Brutschin**
- Aus Zürich, **Prof. Dr. Ruedi Minsch**, Chefökonom der economiesuisse
- **Dr. Thomas Bösch**, Leiter Human Resources Schweiz von Novartis
- Und **Dr. Franz Saladin**, den Direktor der Handelskammer beider Basel. Er wird heute die Podiumsdiskussion moderieren

Herzlich begrüssen möchte ich auch:

- die Landratspräsidentin des Kantons Basel-Landschaft, Elisabeth Augstburger
- die hier anwesenden Grossräte, Landräte, Kreisräte, Einwohner- und Gemeinderäte aus der Nordwestschweiz, aus dem Landkreis Lörrach und dem Département Haut-Rhin
- die Partner, Mitglieder und Gäste von metrobasel und der VBÖ
- Vertreter von Unternehmen, Verwaltungen, Verbänden und anderen Organisationen
- und die Pressevertreter.

Im Namen von metrobasel und der VBÖ heisse ich Sie alle herzlich willkommen.

Wir freuen uns sehr, dass so zahlreiche Gäste zu diesem Anlass gekommen sind, und der Grossratssaal inklusive Tribüne bis fast auf den letzten Platz besetzt ist.

➤ Für die Grussbotschaft der Regierung darf ich nun zuerst das Wort an Regierungsrat Christoph Brutschin, den Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, übergeben.

Terroranschläge und Flüchtlingsströme, ein unberechenbarer US-Präsident, die Entwicklungen in der Türkei, in Ungarn oder in Venezuela – es gibt gegenwärtig viel Unsicherheit in der Welt. Kein Wunder sehnen sich viele Menschen nach einfachen Lösungen und der geschönten Vergangenheit zurück. Sie glauben den verführerischen Worten von Populisten, welche sich leider um wichtige demokratische und liberale Grundsätze foutieren. Diese Entwicklung ist bedenklich, die möglichen Folgen dürfen auf keinen Fall ignoriert werden. Deshalb befassen wir uns am vierten Anlass von metrobasel rund um die Masseneinwanderungs-Initiative und die Beziehungen Schweiz – EU mit dem Thema **«Abschottungstendenzen, Protektionismus und die Folgen für unsere Wirtschaftsregion»**.

➤ ➤ Es geht uns allgemein gut: in der Region und in der ganzen Schweiz. Wir leben in einem gewissen Wohlstand und haben dank kontinuierlichem Wirtschaftswachstum mit 3 – 4 % Erwerbslosenquote praktisch Vollbeschäftigung. Der Frankenschock hat zwar Spuren hinterlassen – insbesondere im Tourismus und im Detailhandel – die Talsohle sollte in diesem Jahr aber durchschritten sein, der Euro kostet wieder deutlich über 1.13

Unsere Wirtschaftsregion ist einer der wichtigsten Pharmastandorte weltweit. Die hier angesiedelte Life Science-Industrie hat eine sehr hohe Wertschöpfung und trägt massgebend zum Bruttoinlandprodukt der Schweiz bei. Zentral für diese Branche sind offene Märkte, wirtschaftsfreundliche Regulierungen und der Zugang zu qualifizierten Fachkräften. Auch andere exportorientierte Schweizer Unternehmen, wie beispielsweise die Metall- oder Uhrenindustrie, sind auf offene Märkte und einen hindernisfreien Zugang – insbesondere zur EU – angewiesen. Diesen Zugang haben sie weitgehend dank der Bilateralen Verträge.

Unsere trinationale Region war bedingt durch die Lage und die hier angesiedelten Branchen schon immer auf den Handel mit den anschliessenden Grenzregionen und

Ländern – aber auch auf die vielen Grenzgänger und Expats angewiesen gewesen. Ohne sie ginge heute gar nichts mehr.

➤ ➤ In der Nordwestschweiz sind rund 664'000 Personen erwerbstätig. Gut ein Drittel davon hat keinen Schweizer Pass, lebt hier in der Schweiz oder ist Grenzgänger. Allein schon an diesem hohen Anteil an ausländischen Fachkräften wird klar, dass der Fachkräftebedarf gar nicht mit dem Inländerpotenzial gedeckt werden kann.

Zudem wird in den nächsten Jahren die Babyboomer-Generation in Rente gehen. Im Jahr 2000 kam auf vier Erwerbstätige ein Rentner. Bis 2050 wird das Verhältnis auf 2:1 schrumpfen, da jedes Jahr weniger junge Fachkräfte bei uns in den Arbeitsmarkt eintreten, als dass ältere altershalber austreten. Wir sind somit auch aus demografischen Gründen dringend auf Zuwanderung von Fachkräften angewiesen. Und auch zur Sicherung unserer Sozialwerke.

Die Schweiz ist eines der innovativsten Länder der Welt. Darauf dürfen wir stolz sein. Diese Leistung wäre aber ohne den Beitrag der ausländischen Fachkräfte nicht möglich. Denn: Um in dieser Liga mithalten zu können, müssen die Unternehmen und Institutionen die besten Fachkräfte nicht nur aus der EU und EFTA sondern aus der ganzen Welt rekrutieren können. Und diese kommen meist nur, wenn sie hier eine Offenheit und eine Willkommenskultur antreffen, wir uns nicht gegen Fremde und Fremdes abschotten, sondern die hier lebenden Menschen in unserer Gesellschaft integrieren wollen.

Auch das Gesundheitswesen oder Bildungsinstitutionen wie die Universitäten und viele anderen sind auf ausländische Fachkräfte angewiesen: Ohne diese könnten sie ihre Leistungen nicht mehr in der gewohnten Qualität und nicht in der benötigten Quantität erbringen.

➤ ➤ Alleine im Gesundheitswesen braucht es in den kommenden Jahren in der Schweiz tausende zusätzlicher Fachkräfte. Nur mit dem Inländerpotenzial wären viele Spitäler gar nicht mehr imstande, den ordentlichen Betrieb aufrecht zu erhalten. Die fehlenden Stellen liessen sich nicht mit der Erhöhung von Teilpensen oder der zusätzlichen Beschäftigung von Frauen oder Erwerbstätigkeit über das Pensionsalter hinaus kompensieren. ➤

➤ ➤ Sie sehen hier die gesamte Belegschaft einer Abteilung des Universitätsspitals Basel. (s. Präsentation, Folie 8)

➤ ➤ So sähe sie ohne Ausländer aus. Mit nur einem Drittel der Mitarbeitenden

müsste die Abteilung wohl schliessen. (s. Präsentation, Folie 9)

➤ ➤ Dem Parlament ist sehr wohl bewusst, wie wichtig unsere freie Marktwirtschaft und die Bilateralen Verträge für unser Land sind. Bei einer Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative im ursprünglichen Wortlaut wäre das Personenfreizügigkeits-Abkommen mit der EU verletzt worden. Wegen der Guillotine-Klausel bei den Bilateralen Verträgen hätte dies zu einer Kündigung sämtlicher für die Schweiz wichtigen Bilateralen Verträgen geführt. Deshalb hat sich das Parlament und der Bundesrat auf einen «Inländer-Vorrang light» geeinigt, welcher die MEI allerdings nicht sinngemäss und im Wortlaut der Initiative umsetzt. Mit dem Inländer-Vorrang light ist deshalb aber die Diskussion rund um ausländische Fachkräfte nicht aus der Welt geschafft, denn:

1. Der Inländer-Vorrang light verursacht einen grossen administrativen Aufwand und hohe Kosten. Man weiss gar noch nicht, wie er technisch umgesetzt werden kann und ob sich der zusätzliche Aufwand – sowohl in den Unternehmen als auch bei den Arbeitsämtern – rechtfertigt und ob er zielführend ist. Das heisst, ob das inländische Potenzial von Stellensuchenden überhaupt viel besser ausgeschöpft werden kann.
2. Es wurde gegen den Beschluss, wie die MEI umgesetzt werden soll, zwar nicht das Referendum ergriffen, insbesondere nicht von der SVP. Da sie aber der Meinung ist, dass die MEI nicht verfassungskonform umgesetzt wird, plant die Partei etwa in einem Jahr eine neue Initiative vor das Volk zu bringen: Die Kündigung der Personenfreizügigkeit. Sie argumentiert, dass die Zuwanderung in die Schweiz ein nicht mehr akzeptables Mass erreicht habe. Die Folgen seien u.a. steigende Arbeitslosigkeit – insbesondere bei älteren Erwerbsfähigen, ausgehöhlte Sozialwerke, Lohndumping, oder erhöhte Umweltbelastung.

Der Diskurs rund die ausländischen Fachkräfte und die Personenfreizügigkeit haben Abschottungstendenzen und Protektionismus geschürt, welche ihre Spuren hinterlassen. Die Schweiz verliert bei hochqualifizierten und spezialisierten Fachkräften, welche wir so dringend benötigen, laufend an Attraktivität. Sie fragen sich, ob sie

hier überhaupt noch erwünscht sind oder, wie lange noch?

Gleichzeitig verursachen Diskussionen um mehr Schutzmechanismen für den einheitlichen Arbeitsmarkt Unsicherheit in der Wirtschaft: Wie geht es weiter, wenn die Abschottungsbemühungen eine einschneidende Wirkung erzielen? Können die Unternehmen und Institutionen auch in Zukunft über die geeigneten, dringend benötigten Fachkräfte verfügen? Wenn wir uns abschotten, wie reagieren die ausländischen Märkte darauf? Können die Unternehmen dann noch ihre Produkte und Dienstleistungen zu den gleichen Bedingungen wie heute im Ausland absetzen, oder werden sie quasi als Retourkutsche mit Hindernissen und wettbewerbsverzehrenden Auflagen oder Regulierungen belastet?

Brexit, Erdogan und Trump oder Nordkorea sind Beispiele dafür, wie Abschottung und Protektionismus letztendlich der Wirtschaft und der gesamten Volkswirtschaft des eigenen Landes schaden können. Denn, die anderen Länder und Wirtschaftspartner werden nicht tatenlos eine Benachteiligung der eigenen Wirtschaft oder Bevölkerung in Kauf nehmen. Sie werden darauf mit Gegenmassnahmen reagieren. Der Brexit wird Grossbritannien sehr viel Geld kosten, die Abschottungen der Erdogan-Regierung hat dem Tourismus, der Wirtschaft und dem gesamten Ansehen der Türkei enorm geschadet – und die EU hat Trump klargemacht, dass sie «America first» und die Aufkündigung von Abkommen respektive den Protektionismus zugunsten der eigenen Wirtschaft nicht tatenlos hinnehmen werde.

Wir sind als kleine Schweiz – eingebettet in die rund um uns liegende EU – mehr auf eine gute Beziehung zu unseren Nachbarn angewiesen als sie auf eine mit uns. Die EU ist unser wichtigster Wirtschaftspartner, von der EU haben wir die meisten ausländischen qualifizierten Fachkräfte. Für eine gute Partnerschaft ist Rosinen picken deshalb langfristig kein nachhaltiges Rezept, irgendwann macht der andere Partner nicht mehr mit.

➤ ➤ Ja, grosse Zuwanderung verursacht Ängste und Dichtestress, höhere Mieten, überlastete Verkehrsträger und vieles mehr. Das kann man nicht wegdiskutieren.

Was ist jedoch die Alternative? Wären wir auch bereit, zugunsten der negativen Folgen der Zuwanderung auf einen gewissen Wohlstand, auf viele Arbeitsplätze und Dienstleistungen zu verzichten?

Sind Abschottung und Protektionismus die richtige Lösung für unser offenes, kleines Land, welches auf den Export und die Verfügbarkeit von ausländischen Fachkräften angewiesen ist? Und welche Folgen hätten Abschottung und Protektionismus für die Schweiz und speziell für unsere Wirtschaftsregion?

Dieser Frage geht die heutige Podiumsdiskussion nach.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.